

# Big Brother für Pädophile und Mafiosi?

Berner Zeitung, Raphaela Birrer, 11.06.2015

**Das Überwachungsgesetz Büpff spaltet die SP. Die Genossen sind uneins, ob sie ihrer Bundesrätin oder ihrer Basis folgen sollen. Aber auch in der SVP wird heftig darüber gestritten.**

Ein Pädophiler bewirbt auf einer Internetplattform einschlägige Filme. Ein junger Jihadist plant in einem Forum mit Gleichgesinnten einen Terroranschlag. Mitglieder einer Mafiaorganisation besprechen via Skype Drogengeschäfte. Sie alle wären von der Revision des Bundesgesetzes zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Büpff) betroffen – sofern ein Strafverfahren gegen sie liefe. Denn die Gesetzesänderungen würden den Ermittlungsbehörden eine effektivere Überwachung ermöglichen; Kriminelle könnten sich nicht mehr hinter digital verschlüsselten Kommunikationsmitteln verstecken.

Um etwa das Skype-Gespräch der Mafiosi mithören zu können, sollen die Strafverfolger künftig sogenannte Staatstrojaner einsetzen dürfen. Mit dieser Schnüffelsoftware könnten sie die Computer der Kriminellen hacken. Und um dem Netzwerk des Pädophilen oder des Jihadisten auf die Spur zu kommen, dürften deren Randdaten länger aufbewahrt werden. Das heisst, Telefon- und Internetanbieter würden verpflichtet, die Kommunikationsdaten ihrer Kunden anstatt wie bisher sechs Monate ein ganzes Jahr zu speichern. Auf diese Weise könnte über einen längeren Zeitraum hinweg nachvollzogen werden, wer wann wo mit wem in Kontakt stand.

Die gespeicherten Daten stünden allerdings nicht nur den Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung, sondern bei Bedarf auch dem Nachrichtendienst – und der dürfte im Verdachtsfall auch präventiv auf sie zugreifen. Das sieht das heute im Ständerat debattierte Nachrichtendienstgesetz vor.

Den Ständerat hat die Büpff-Vorlage aus Simonetta Sommarugas Justizdepartement bereits letztes Jahr komfortabel passiert. So einfach wird es die Gesetzesrevision nächste Woche im Nationalrat aber nicht haben. Dort wird sie zu einer Grundsatzdebatte über den «Überwachungsstaat» führen. Die Grünen sind dezidiert dagegen, Teile der SP und der SVP ebenfalls. Eine parteiübergreifende Minderheit der vorberatenden Rechtskommission beantragt ihrem Rat gar, die Vorlage zurückzuweisen. Das Ziel: Der Bundesrat soll ein neues Gesetz erarbeiten, das keine Vorratsdatenspeicherung enthält. Das wäre gegenüber dem Status quo eine schwächere Regelung, da bereits heute eine sechsmonatige Datenaufbewahrung erlaubt ist.

## Die SP im Dilemma

Die SP steckt beim Überwachungsgesetz ihrer eigenen Bundesrätin besonders im Dilemma: Grundrechte oder Sicherheit – was wiegt mehr? Die Fraktion ist in dieser Frage gespalten, wie sich an ihrer Sitzung vom Dienstag zeigte. Die Hälfte der dort anwesenden Nationalräte befürwortete die

Gesetzesänderungen aus strafrechtlichen Gründen. «Die Strafverfolgung muss sich der Technologie des 21. Jahrhunderts anpassen, um Verbrechen effektiv ahnden zu können», sagt deren Wortführer Daniel Jositsch. Für den Zürcher Strafrechtsprofessor ist die Grundrechte-Diskussion eine «Scheindebatte». «Die Überwachungen dürften nicht präventiv, sondern nur im Rahmen eines Strafverfahrens durchgeführt werden. Zudem würden die Daten unbescholtener Bürger nur bei den Telefon- und Internetdiensten und nicht bei den Behörden gespeichert.»

Diese Haltung sorgt in den eigenen Reihen für Ärger: Die Parteibasis und die Juso hatten dem Büp vor einem Jahr mit einer Resolution den Kampf angesagt. Juso-Präsident Fabian Molina steht denn auch bereits in den Startlöchern für ein Referendum. «Wenn eine längere Vorratsdatenspeicherung beschlossen wird, beginnen wir mit der Unterschriftensammlung», kündigt er an. Für Molina ist eine längere Datenaufbewahrung ein «unzulässiger Eingriff in die persönliche Freiheit, ein weiterer Schritt auf dem Weg zum gläsernen Bürger». Dass sich die Bundeshausfraktion trotz der Resolution der Basis nicht deutlicher dagegen ausspricht, enttäuscht ihn. Denn damit könnte ausgerechnet die SP dem Überwachungsgesetz die entscheidenden Ja-Stimmen verschaffen.

### **Blocher warnt vor politischer Überwachung**

Im Hintergrund weibeln die Büp-Kritiker in allen Parteien intensiv für eine Rückweisung der Vorlage – in der SVP sogar mit überraschend deutlichem Erfolg. Zwei Drittel der Fraktion sprachen sich an der letzten Sitzung dafür aus. Sicherheit oder Behördenskepsis? In der Volkspartei entzündet sich der Konflikt an dieser Frage. Dem Vernehmen nach hat sich auch Alt-Bundesrat Christoph Blocher in die parteiinterne Debatte eingeschaltet und vor «politisch motivierter Überwachung wie im Fall Holenweger» gewarnt.

Auch Nationalrat Lukas Reimann kämpft in der SVP an vorderster Front gegen das Büp. Er befürchtet einen «totalen Überwachungsstaat». Zudem warnt er vor den finanziellen Folgen für die betroffenen Unternehmen. KMU aus der IT-Branche wie etwa Doodle sowie Hotels, Spitäler oder Schulen, die ihr WLAN Gästen zur Verfügung stellen, müssten eine teure Überwachungsinfrastruktur einrichten.

Die Zürcher Nationalrätin Natalie Rickli kann die ablehnende Haltung der Mehrheit ihrer Fraktion nicht verstehen: «Die Sicherheit ist eines unserer Kernthemen. Wir müssen den Strafverfolgungsbehörden beim Verdacht auf eine schwere Straftat die geeigneten Ermittlungsinstrumente in die Hand geben.» Gerade Kinderpornografie oder Mafiaorganisationen könnten innerhalb von sechs Monaten nicht überführt werden, so Rickli. Für die Anliegen der IT-Unternehmen brauche es flankierende Massnahmen – «aber deswegen müssen wir nicht die ganze Vorlage zurückweisen». Thomas Hurter, Präsident der nationalrätlichen Sicherheitskommission, teilt diese Meinung: «Wir dürfen Verbrecher nicht schützen.» Er kündigt deshalb an, in seiner Partei noch intensive Überzeugungsarbeit zu leisten. Das Rennen um die Mehrheit bleibt also bis zum letzten Moment spannend.